



Alles in Butter?

Nach zehn Jahren EU-Mitgliedschaft sollte nicht blind gejubelt, sondern kritisch Bilanz gezogen werden. CHRISTIAN FELBER

Seien wir uns ehrlich: Gerade sich als progressiv verstehende Zeitgenossen begrüßten mit heimlicher Freude den EU-Beitritt, damit der stickige österreichische Kleingeist ausgelüftet und alltagsfaschistische, bubenkatholische und wirtshaussexistische Unterströmungen in einer liberaleren Atmosphäre verdünnt würden. Es wurde zwar auch gewarnt vor dem Europa der Konzerne, aber die Vision einer echten Staatengemeinschaft und die implizite Gründungsabsicht: der Friede zwischen den historischen Streithanseln Deutschland und Frankreich haben uns bestochen und über die Gefahr einer zur Zentrifuge anwachsenden Freihandelszone hinwegsehen lassen.

Zehn Jahre nach dem Beitritt darf kritisch Bilanz gezogen werden. Beginnen wir beim Broterwerb: Die Zahl der Arbeitslosen ist auf dem höchsten Niveau seit 1945, die Jugendarbeitslosigkeit schnellte allein seit 2000 um 84% in die Höhe. Die Beschäftigungsverhältnisse werden immer atypischer, die Geringfügigen nahmen seit 1994 um 75% zu. Frauen stellen neun von zehn Teilzeitbeschäftigten, der Einkommensabstand zu den Männern nimmt wieder zu. Die schöne neue Arbeitswelt ist gekennzeichnet durch Stress, Burnout und Mobbing, hinzu kommen wachsende Ängste vor Job- und Pensionsverlust. Die Stimmung könnte besser sein, dafür ist das Sortiment in den Supermärkten größer geworden.

Das reale Wirtschaftswachstum betrug in der ersten Dekade der Mitgliedschaft 2,0 Prozent gegenüber 2,7 Prozent in den zehn Jahren vor dem Beitritt. Der moderate Rückgang wäre in einem der reichsten Länder der Welt kein Problem, wenn die Verteilung stimmen würde. Bloß: Nichts stimmt weniger als die Verteilung: Die durchschnittlichen Nettoeinkommen liegen heute real um fünf Prozent unter dem Niveau von 1995. Am stärksten verloren die untersten Schichten – zugunsten der Spitzenverdiener: Top-Manager kassieren heute eine Million pro Jahr. Die Geldvermögen wuchsen seit 1996 um 8,6% jährlich. 60.000 Österreicher zählen zum Club der globalen Dollar-Millionäre, rund 2.000 haben eine Privatstiftung: die Gewinner.

Diese Geldbesitzerminderheit ist zur Hauptzielgruppe der Europäischen Zentralbank geworden: Vollbeschäftigung ist egal, Hauptsache der Euro bleibt hart und die Inflation unter zwei Prozent – ökonomisch ein Operettenziel wie das Nulldefizit.

Der mächtigste Fetisch der EU ist aber der Wettbewerb, der immer mehr zum Standortwettbewerb wird. Bei den Steuern bewirkt dies, dass Gewinne, Vermögen und Kapitalerträge immer geringere Beiträge leisten und die Budgets ins Defizit drehen. Sparpolitik, Kahlschläge und Verzicht-Parolen sind die Folge. Der Standortkampf bedroht nicht nur die Staatskassen, sondern auch Löhne, Urlaub, Sozialeistungen und Umweltstandards. Solange irgendwo ein Land niedrigere Standards hat, müssen alle zittern – und sich ob der höheren

Standards schlecht fühlen. Einer „Gemeinschaft“ ist ein solcher Unterbietungswettbewerb nicht würdig. Anstatt den Konzernen gemeinsam Regeln vorzugeben, spielen sich die Mitgliedsstaaten gegenseitig aus.

In vielen ländlichen Regionen herrscht trotz stoßdämpfender Strukturpolitik Sperrstundstimmung. Die öffentliche Hand verliert Postämter, Forstämter, Nebenbahnen, Telfonzellen und demnächst Krankenhäuser. In der Privatwirtschaft sperren Gasthäuser, Greißler, Handwerksbetriebe und kleine Gewerbe zu. Seit dem EU-Beitritt haben mehr als zehn Prozent der Bauern aufgegeben. Die gesunkenen Milchpreise, ein Beitrittsgrund, bedrohen nochmals jeden zweiten Hof. Löbliche Initiativen zur Nahversorgung werden vom Transit konterkariert. Infolge des politischen Vorrangs für lange Strecken wird bald eine Nordsee-Adria-Autobahn die Wiener Donau-Auen durchschneiden.

Die Liberalisierungsbilanz bringt Überraschungen: Die Strompreise wollen und wollen nicht sinken, dafür drohen Blackouts, weil infolge der Konkurrenz niemand mehr in die Infrastruktur investiert. Das Postamtsterben ist eine Folge der EU-Liberalisierung. Im Vorreiterland Schweden wurden nach der Liberalisierung die Eisenbahntickets um 125% teurer, Strom um 86%, Briefe um 80% und Taxis um 72%. So als gäbe es diese Erfahrungen nicht, wird die Binnenmarkt-Zentrifuge noch beschleunigt. Mit der Dienstleistungsrichtlinie soll der Standortwettbewerb auf die Spitze getrieben werden (vgl. *Falter* 42/04). Dieser Ansatz ist so abgehoben, dass bereits zwei Landtage – Burgenland und Salzburg – die Richtlinie per 4-Parteien-Beschluss ablehnen, ein deutliches Zeichen für die „Bürgernähe“ der Kommission. Dennoch sieht Franz Fischler die Ursache für die wachsende EU-Skepsis nicht in der Politik, sondern in der „Stimmung“. Stimmt: Die Stimmung ist miserabel, weil die Agrar-, Wettbewerbs-, Handels- und Binnenmarktkommissare den Menschen einimpfen, sie müssten sich auf noch mehr Konkurrenz einstellen. Anstatt endlich das Problem zu erkennen, wird die Dosis erhöht und der Druck an die „Neuen“ weitergereicht. Ob aber mehr Wettbewerb und weniger Umverteilung die Integration zum Erfolg führen, darf bezweifelt werden.

Die EU forciert auf allen Ebenen den Wettbewerb, weil eine Oligarchie aus Konzernen, Managern und Aktionären davon profitiert. Diese Konkurrenz-Logik zu stoppen – erst den Standortwettbewerb innerhalb der EU mittels einer Sozial-, Umwelt- und Steuerunion beenden, dann das Wettbewerbsregime der WTO durch globale Kooperation ersetzen und schließlich den Entwicklungsschwerpunkt auf die regionale Wirtschaft legen – ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der sich als progressiv verstehenden europäischen Zivilgesellschaft und Politik in den nächsten Dekaden.

Erschienen im Falter 3/05.